

Liebe Leserin, lieber Leser!

Eine Einrichtung wie Mission EineWelt ist in einem ständigen Austausch und Kommunikation nach außen wie nach innen.

Auch wenn unser Hauptaugenmerk auf die Partnerkirchen in Übersee gerichtet ist, so ist gleichermaßen das Gespräch mit kirchlichen Gremien, Gemeinden, Gruppen und mit der Politik ein unverzichtbarer Baustein unserer Arbeit.

Mit unserem Jahresempfang in diesem Jahr nach München zu gehen und dazu einen prominenten Vertreter des Lutherischen Weltbundes aus Genf als Gastredner einzuladen, zeigt zweierlei. Wir sind im Auftrag unserer Landeskirche in ganz Bayern präsent und nutzen unsere Kontakte zu den großen kirchlichen Weltbünden auch dazu, sie vor Ort sichtbar zu machen. Gleichzeitig lernen wir dabei, wie unsere verschiedenen Ansprechpartner unser Zentrum und unsere Arbeit wahrnehmen und was sie von uns erwarten.

Es ist aber auch unser Auftrag, in bestimmten politischen Themenbereichen die Anliegen und Nöte unserer Partnerkirchen zu Gehör zu bringen. Deshalb melden wir uns zur Kinderarbeit zu Wort, wenn es um Grabsteine auf unseren Friedhöfen geht. Deshalb nehmen wir Stellung zu Freihandelsabkommen, weil wir die Folgen solcher politischer Entscheidungen auf unsere Partner in Übersee einschätzen können.

Der Kommunikationswissenschaftler Paul Watzlawick sagte einmal: "Man kann nicht nicht kommunizieren". Wir möchten gerne die verbindende Liebe Gottes für die Menschen dieser Welt kommunizieren und in unserem Engagement sichtbar machen.



Ihre und Ihr

Dr. Gabriele und Hanns Hoerschelmann
Direktorin und Direktor von Mission EineWelt

Mit Partnerinnen und Partnern aus aller Welt beschenkt

Diesjähriger Jahresempfang von Mission EineWelt fand in München statt

Fidon Mwombeki wünschte dem europäischen Kontinent einen nachhaltigen Energieschub durch das bevorstehende Reformationsjubiläum im kommenden Jahr. Der Direktor der Abteilung Mission und Entwicklung beim Lutherischen Weltbund (Genf) konkretisierte Ende Oktober beim diesjährigen Jahresempfang von Mission EineWelt vor 120 Gästen in München, er bete dafür, „dass dieses Jubiläum nicht nur ein Feiertag wie jeder andere und ein Ereignis wie zum Beispiel die Fussball-Weltmeisterschaft“ werde, sondern hilft „mehr über Gott und unseren Herrn Jesus Christus“ zu reden.

Der promovierte tansanische Theologe war als Festredner in die Markuskirche nach München gekommen, wo Mission EineWelt seinen Jahresempfang in Zusammenarbeit mit dem Kirchenkreis München und dem Stadtdekanat veranstaltete. Die Reformation sei kein einmaliges Ereignis, betonte Mwombeki. Sie ende niemals, und überall auf der Welt müssten sich Kirchen „auf die Heilige Schrift zurückbesinnen und Gottes frohe Botschaft der Befreiung zum Dienst an Gott und Gottes Welt hören“. Mwombeki sprach zum Jahresthema der Reformationsdekade „Reformation und die Eine Welt – Glaube, der die Welt verwandelt“ und verwies mit drei Gesichtspunkten auf eine Stellungnahme des Lutherischen Weltbundes, in der festgehalten ist, dass Erlösung, Menschen oder die Schöpfung nicht für Geld zu haben sind.

Weltbürgerin Reformation

Die Reformation sei Weltbürgerin geworden, hatte Gabriele Hoerschelmann bei ihrer Begrüßung gesagt. Die Direktorin von Mission EineWelt verwies darauf, dass auch im Münchner Kirchenkreis viele Beziehungen nach Übersee gelebt werden. Dieses Beziehungsgeflecht nahm auch Regionalbischöfin Susanne Breit-Keßler in ihrem



Dr. Fidon Mwombeki vom Lutherischen Weltbund beim Vortrag während des Jahresempfangs in München.

Grußwort auf. „Wir werden mit Partnerinnen und Partnern aus aller Welt beschenkt.“ Der Eurozentrismus habe ausgedient. Es sei ein Präsent, Teil einer weltweiten Christenheit zu sein, so Breit-Keßler. Sie würdigte die Arbeit des Partnerschaftszentrums Mission EineWelt als Licht der Welt, das in Wort und Tat dem Wort Jesu folge.

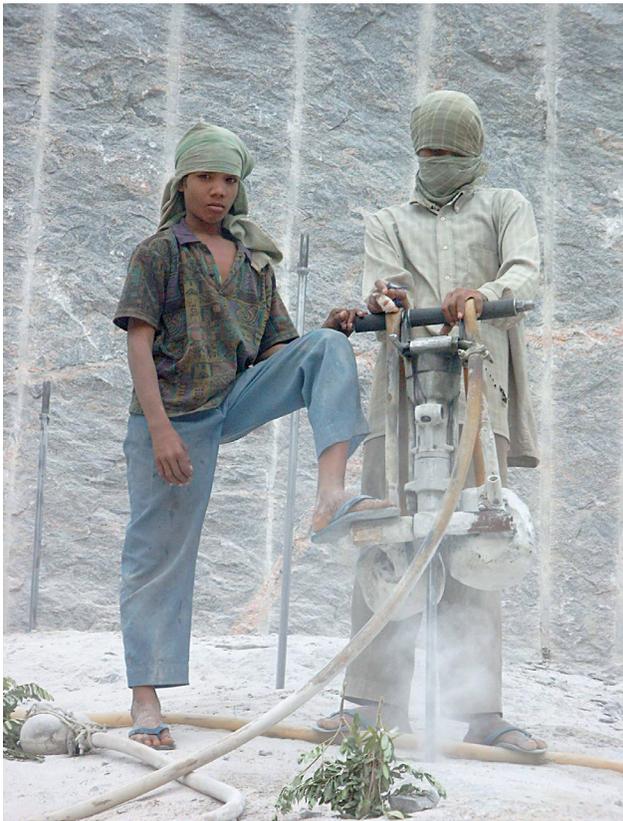
Wenn wir so füreinander eintreten würden, wie die erste Gemeinde in Jerusalem, wäre die Welt gerechter, sagte die Münchner Stadtdekanin Barbara Kittelberger. Wir seien zwar in unterschiedlichen Bezügen und Kulturen beheimatet, würden aber als Christen trotzdem füreinander eintreten. Im Hinblick auf die vielfältigen Beziehungen nach Übersee betonte Kittelberger: „Wir werden durch die Gemeinschaft geerdet.“

Mit der Würdigung der Arbeit ausgewählter Ehrenamtlicher aus dem Münchner Kirchenkreis endete der offizielle Teil des Jahresempfangs, der dann mit Imbiss und Gesprächen ausklang.

Musikalisch umrahmt wurde die Veranstaltung von Wally und Ami Warning.

Helge Neuschwander-Lutz

Endlich: Grabsteine ohne Kinderarbeit auf bayerischen Friedhöfen



Eigentlich sollte es eine Selbstverständlichkeit sein, dass Grabsteine nichts mit Kinderarbeit zu tun haben. Verdeckte Recherchen beweisen das Gegenteil. Es gibt Kinderarbeit in Steinbrüchen, geliefert wird auch nach Deutschland. Schätzungen gehen davon aus, dass bis zu 40 Prozent aller Grabsteine in Bayern aus Steinbrüchen stammen, in denen es sklavereiähnliche Kinderarbeit gibt. Genaue Zahlen hat keiner.

Vorreiter Nürnberg

Bereits 2007 hatte der Bayerische Landtag auf Betreiben des Eine Welt Netzwerks Bayern einen einstimmigen Beschluss gegen die Verwendung von Grabsteinen aus ausbeuterischer Kinderarbeit getroffen. Die Stadt Nürnberg hatte im gleichen Jahr eine Klausel in die kommunale Friedhofssatzung aufgenommen, nach der solche Grabsteine ausgeschlossen sein sollten.

Ein Steinmetz ging mit einem Normenkontrollverfahren dagegen juristisch vor. Ihm wurde vor dem Verwaltungsgerichtshof München im Februar 2009 Recht gegeben. Eine Begründung lautete:

„Die angefochtenen Satzungsregelungen verfolgen der Sache nach einrichtungsfremde Zwecke, nämlich die Bekämpfung der Kinderarbeit weltweit.“ Und kommt zu dem Schluss: „Nach

Die jahrelange Hartnäckigkeit hat sich trotz einiger Rückschläge gelohnt. Endlich ist es soweit: Bayerische Kommunen und Kirchengemeinden können nun in ihrer Friedhofssatzung die Nutzung von Grabsteinen aus Kinderarbeit verbieten.

alldem finden die aus ethischer Sicht und mit Blick auf das Verbraucherverhalten verständlichen und aner kennenswerten Bemühungen der Antragsgegnerin zur Verhinderung ausbeuterischer Kinderarbeit in den fehlenden gemeindlichen Regelungskompetenzen ihre Schranken.“ Es gehöre damit nicht zu den Kompetenzen der Kommunen, sich auf diese Weise gegen die Ausbeutung von Kindern andernorts zu kümmern. Eine Beschwerde der Stadt Nürnberg wurde im Januar 2010 vom Bundesverwaltungsgericht zurückgewiesen.

Nürnberger Verfassungsbeschwerde

Darauf wandte sich die Stadt Nürnberg mit einer Verfassungsbeschwerde an den Bayerischen Verfassungsgerichtshof, der im Oktober 2010 das Urteil des Bayerischen Verwaltungsgerichtes aufhob und den Fall dorthin zurücküberwies. Schließlich wurde dort im Juli 2012 die Gültigkeit der Nürnberger Friedhofssatzung beschieden. Die Revision eines Steinmetzes führte zu einer deutlichen Klarstellung vor dem Bundesverwaltungsgericht: Demnach ist es den Kommunen im Rahmen ihrer Zuständigkeit gestattet, Maßnahmen durchzuführen, die dem Schutz der Menschenrechte dienen. Dies gilt auch, wenn es um den Schutz von Menschenrechten in anderen Staaten geht. Allerdings müsse der Gesetzgeber eine klare Rechtsgrundlage schaffen und auch die Kostenfrage eines erforderlichen Nachweises klären.

Nachdem also das Bundesverwaltungsgericht vertrat, dass es grundsätzlich ein verfassungsrechtlich legitimer Zweck sei, die Verwendung von Grabmalen aus ausbeuterischer Kinderarbeit zu verbieten, hat der Bayerische Landtag im April 2014 den Gesetzgeber aufgefordert, auch die Nachweisführung für die betroffenen Berufsgruppen durch ein Gesetz zu klären.

Dieses letzte Puzzle teil wurde nun im Gesetz zur Bekämpfung ausbeuterischer Kinderarbeit bei der Grabsteinherstellung im Bayerischen Landtag vom 20.7.2016 (Drucksache 17 / 12561) gesetzt. Demnach kann der Friedhofsträger „... durch Satzung bestimmen, dass Grabsteine und Grabeinfassungen aus Naturstein nur aufgestellt werden dürfen, wenn sie nachweislich ohne

schlimmste Formen von Kinderarbeit ... hergestellt worden sind.“

Die Nachweispflicht geht auf die Realitäten bei der Beschaffung von Steinen ein, indem zum einen ausschließlich im europäischen Wirtschaftsraum hergestellte Steine für „in Ordnung“ befunden werden. Für andere Herkunftsregionen ist eine schriftliche Erklärung einer unabhängigen Organisation erforderlich. Da zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch zu wenig so zertifizierte Steine auf dem Markt sind, kann eine Eigenerklärung des Anbieters vorgelegt werden, in der unter anderem dargelegt wird, welche wirksamen Maßnahmen ergriffen worden sind. Bereits importierte Ware bleibt vom Gesetz unberührt.

Diese Eigenerklärung stellt die Schwäche im neuen Gesetz dar. Denn noch gibt es zu wenig zertifizierte Steine auf dem Markt und der Gesetzgeber hat es versäumt, geeignete Überprüfungsstellen zu schaffen.

Ohne ausbeuterische Kinderarbeit

Jetzt gilt also sowohl für Kommunen als auch für Kirchengemeinden in Bayern: Sie können in ihren Friedhofssatzungen fordern, dass nur Grabmale aufgestellt werden, die nachweislich ohne ausbeuterische Kinderarbeit hergestellt sind. Die Kirchenleitung der Evang.-Luth. Kirche in Bayern warnt jedoch vor Schnellschüssen und kündigt für Oktober 2016 ein ausführliches Rundschreiben zum Thema an, das geeignete Musterformulierungen enthalten wird.

Mission EineWelt und das Eine Welt Netzwerk Bayern e.V. haben sich in den letzten Jahre intensiv um diese Gesetzesänderung bemüht, im Vorfeld zahlreiche Gespräche mit Abgeordneten geführt, sich an der entsprechenden Anhörung der Bayerischen Staatsregierung beteiligt und den Gesetzentwurf durch Eingaben qualifiziert. Für uns ist dieses Gesetz – bei all seinen Unzulänglichkeiten – auch ein symbolischer Erfolg: Wir können unserer weltweiten Verantwortung durch heimische Gesetze ein Stück weit gerecht werden, unser Einfluss und unsere Verantwortung enden nicht an unseren Grenzen. Auch wenn es immer noch dauern wird, bis der Erfolg sichtbar wird.

Dr. Jürgen Bergmann

Freier Handel oder fairer Handel?

Bis zu seinem Ruhestand war Günther Brendle-Behnisch als Gemeindepfarrer und Religionslehrer an verschiedenen Schulen in Mittel- und Oberfranken tätig. Zwischendurch arbeitete er im Auftrag von Mission EineWelt in der Aus- und Fortbildung der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Kenia.

Er engagiert sich bei Greenpeace und attac und ist im Organisations-Team des Bündnisses „Stop TTIP, CETA, TiSA & Co. Ansbach Stadt und Land“ aktiv. Seit kurzem kandidiert er als Direktkandidat für die ÖDP (Ökologisch-Demokratische Partei) bei den Bundestagswahlen im nächsten Jahr.

Wir haben ihn als engagierten Verfechter für einen gerechten Welthandel zu den aktuellen Entwicklungen hinsichtlich des Handelsabkommen CETA zwischen der EU und Kanada befragt.



Günther Brendle-Behnisch ist Pfarrer im Ruhestand und setzt sich seit vielen Jahren für einen gerechten Welthandel ein.

Was sind Ihre Hauptkritikpunkte an dem CETA-Abkommen und der EU-Freihandelspolitik?

Zum Ersten die Schiedsgerichtsverfahren, auch wenn sie jetzt nicht mehr von Anwälten, sondern an Investitionsgerichtshöfen mit öffentlich berufenen Richtern stattfinden sollen. Es handelt sich immer noch um einseitigen Investitionsschutz zugunsten von Unternehmen. Ein Schutz der Bevölkerung beziehungsweise der Staaten vor negativen Folgen von Praktiken der Unternehmen ist nach wie vor nicht vorgesehen.

Zum Zweiten die Gefahr der Verwässerung von bisherigen sozialen, ökologischen oder Verbraucherschutz-Standards durch die sogenannten „Ratchet“- und die „Stand still“-Klauseln. Diese besagen, dass eine einmal vorgenommen Liberalisierung/Absenkung eines Standards nicht mehr angehoben, eine einmal vorgenommene Privatisierung, beispielsweise öffentlicher Dienstleistungen nicht mehr zurückgenommen werden kann, also nicht mehr rekommunalisiert werden darf.

Zum Dritten die regulatorische Kooperation, also ein gemischter Ausschuss, der das Abkommen weiterentwickeln oder verändern darf – da wäre dem Lobbyismus von Wirtschaftsunternehmen Tür und Tor geöffnet – das ist ein Affront gegen demokratische Regeln.

Das Bundesverfassungsgericht hat ja auch für die Beteiligung Deutschlands an CETA klare Bedingungen gestellt, wo unklar ist, inwieweit diese in dem bisherigen Vertragswerk tatsächlich Eingang gefunden haben:

Von einer vorläufigen Inkraftsetzung ausgenommen sein müssen zum Beispiel der Investitionsschutz, Portfolioinvestitionen und andere. Deutschland muss des Weiteren aus dem Vertrag auch wieder aussteigen können und Entscheidungen des gemischten Ausschusses müssen einstimmig

vom EU-Ministerrat oder mit Mehrheit des EU-Parlaments beschlossen werden. Deutschland muss also ein Vetorecht haben können.

Die erhebliche Intransparenz bei den Verhandlungen ist mir ebenfalls ein Dorn im Auge.

Wie beurteilen Sie die jüngsten Entwicklungen beim Ringen um das Handelsabkommen CETA nach dem Kompromiss mit Wallonien (Belgien), mit dem die EU den CETA-Vertrag nun doch unterzeichnen wird und zumindest Teile von CETA voraussichtlich vorläufig in Kraft treten werden?

Wallonien gilt erst mal mein Respekt, dass sie gewagt haben, sich zur Wehr zu setzen gegen eine schleichende Liberalisierung und drohende Absenkung von wichtigen Standards. Wallonien hat jetzt einiges erreicht, wie das Ausnehmen der öffentlichen Daseinsvorsorge von Privatisierungen, von der Wasserversorgung bis zum Krankenhaus. Aber unklar ist, ob die Nachbesserungen, die ja nur in einem Zusatzprotokoll stehen und nicht im eigentlichen Vertragstext, jetzt nur für Wallonien/Belgien oder für die gesamte EU, also auch für Deutschland, gelten.

Sie sind Pfarrer im (Un-)Ruhestand, welche Anfragen haben Sie aus theologischer Sicht an die Freihandelspolitik der EU?

Als Christinnen und Christen haben wir den Auftrag, uns für Gerechtigkeit und die Bewahrung der Schöpfung einzusetzen. Wirtschaft und Handel muss für die Menschen und die Umwelt da sein, nicht andersherum. Eine Politik, die vor allem die Interessen großer Unternehmen und Konzerne vertritt, steht da im Widerspruch. Die derzeitige Freihandelspolitik der EU ist ja leider auch keine faire Politik gegenüber den ärmeren Staaten, den sogenannten Entwicklungsländern,

vor allem in Afrika. Sondern eher eine Art Protektionismus und Absatzmarkterweiterung für Europa, wie man an den sogenannten EPA's - Wirtschaftspartnerschaftsabkommen der EU mit afrikanischen Ländern - sieht. Afrika wird weiter als billiger Rohstofflieferant gesehen und hat wenig Chancen, eine eigene verarbeitende Industrie aufzubauen. Eine christlich motivierte Wirtschaftspolitik muss auch die Bedürfnisse der Armen und Schwachen im Blick haben und diese nicht der Ausplünderung preisgeben. Da müssen wir, mit Dietrich Bonhoeffer gesprochen, „dem Rad in die Speichen fallen“.

Wie geht es nun Ihrer Meinung nach mit dem Volksbegehren gegen CETA in Bayern weiter?

Ich hoffe sehr, dass das Volksbegehren in Bayern gegen CETA vom bayerischen Innenministerium beziehungsweise Bayerischen Verfassungsgericht zugelassen wird. Sollte das Volksbegehren, das für Februar 2017 geplant ist, dann Erfolg haben, könnte Bayern vielleicht zu einem zweiten Wallonien werden und müsste im Bundesrat gegen CETA stimmen. Ich bin ja nicht grundsätzlich gegen Handelsverträge, aber Handelsverträge sollten für alle Seiten fair gestaltet sein und vor allem reine Handelsverträge bleiben, die nicht die Demokratie gefährden.

Vielen Dank für das Interview!

Gisela Voltz

Konfi-Dank 2017

Mission EineWelt stellt auch 2017 gemeinsam mit Brot für die Welt, dem Gustav-Adolf-Werk und der Stiftung „Wings of Hope“ jeweils ein Projekt vor, das von Konfirmandengruppen gefördert werden kann. „Mit anderen zu teilen, ist ein Kennzeichen des Christseins“ schreiben Landesbischof Bedford-Strohm und Diakoniepräsident Bammessel im gemeinsamen Vorwort.

Mission EineWelt wirbt für ein Straßenkinderprojekt in Kenia, das wir hier nebenstehend vorstellen.

Die Broschüre mit den Projekten kann kostenlos bestellt werden unter: Telefon: 09874 9-1041

E-Mail:

spenden@mission-einewelt.de



Jahresprogramm 2017

Auf 76 Seiten stellt Mission EineWelt sein Veranstaltungsprogramm für 2017 vor: Tagungen, Seminare sowie Vortragsangebote und Gemeindeveranstaltungen.



Das Jahresprogramm 2016 ist kostenlos erhältlich unter Telefon 09874 9-1031, oder per E-Mail an medien@mission-einewelt.de

Angebote zu Medien und Materialien unter
www.mission-einewelt.de/service-und-angebot

Ein Kampf ums Überleben

Hilfe für Straßenmädchen in Kenias
Hauptstadt Nairobi



Zuflucht für Straßenmädchen in Kenia: das PLCC

Das Pangani Lutheran Children Centre (PLCC) ist eine Einrichtung der Kenianisch Evangelisch-Lutherischen Kirche für Straßenmädchen aus Mathare, dem zweitgrößten Slum der Hauptstadt Nairobi. Von den mehr als 200 verfallenen und überfüllten Slums, die ganze Stadtteile bilden, ist Mathare der älteste. 1994 gegründet, stellte sich das Pangani Lutheran Children Centre den Herausforderungen in diesem Elendsviertel. Anfangs wurden einer kleinen Gruppe von Straßenkindern Tee und Brot gereicht, um sie mit dem Nötigsten zu versorgen. Heute werden mehr als 100 Mädchen unterstützt und das Projekt entwickelt sich stetig weiter.

Für die Straßenmädchen in den Slums Nairobis ist das Leben auf der Straße ein tagtäglicher Kampf ums Überleben. Im Großstadtdschungel der Megametropole gehören Gewalt, Missbrauch, Drogenabhängigkeit, Hunger und Diskriminierung zum Alltag der Mädchen. Wer Glück hat, trifft eine Sozialarbeiterin oder einen Sozialarbeiter des Pangani Lutheran Children Centre (PLCC), eine Einrichtung der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Kenia.

Seit mehr als 20 Jahren nimmt sich das kirchliche Zentrum, das von Mission EineWelt unterstützt wird, der Schwächsten an, den Straßenmädchen.

„Der Schutzraum des Pangani Lutheran Children Centre bietet Sicherheit, Geborgenheit und Liebe. Es wird auf den regelmäßigen Schulbesuch geachtet und die Hausaufgaben begleitet. Durch die positiv erlebten Erfolge lernen die Mädchen beinahe spielerisch, wie beim Fußball, dass Selbstbewusstsein stark und unangreifbar macht.“ Das berichtet Claudia Heiß, die über sechs Jahre in dem Zentrum mitgearbeitet hat.

Bitte helfen Sie mit Ihrer Spende den Straßenmädchen in Nairobi, damit sie im Pangani Lutheran Children Centre eine Heimat finden. Tragen Sie dazu bei, dass aus starken Mädchen starke Frauen werden!

Kontoverbindung Mission EineWelt

Evangelische Bank

IBAN: DE12 5206 0410 0001 0111 11

BIC: GENODEF 1EK1

Stichwort: 1126017 - PLCC Kenia

IMPRESSUM

Mission EineWelt · Hauptstraße 2 · 91564 Neuendettelsau
Tel.: 09874 9-0 · Fax: 09874 9-330 und

Stadtbüro Nürnberg · Königstraße 64 · 90402 Nürnberg
Tel.: 0911 36672-0 · Fax: -19

E-Mail: info@mission-einewelt.de · www.mission-einewelt.de

Redaktion: Helge Neuschwander-Lutz, Gisela Voltz

Layout: Helge Neuschwander-Lutz

„Informationen aus der Einen Welt“ erscheinen zweimal jährlich als Beilage im Sonntagsblatt

Veranstaltungen

Montag, 14. November 2016
19.30 Uhr

Gemeindehaus Christuskirche
Kirchenplatz 11, Lauf

Film "Süßes Gift"

in der Reihe

"Kino Think global, act local" mit anschließendem Gespräch

Freitag, 18. November 2016
16.30 - 21.00 Uhr

MissionEineWelt, Nürnberg

Fit fürs Klassenzimmer – Schulung zum Globalen Lernen

Montag, 21. November 2016
19.30 Uhr

eckstein, Burgstraße 1-3, Nürnberg

Die Flüchtlingskrise – eine Bedrohung?

Referent: Andreas Zumach

Samstag, 26. November 2016
Landshut

Gerechtigkeitsgipfel

Samstag, 10. Dezember 2016
19.00 Uhr

Tafelhalle, Nürnberg

Verleihung des Deutschen Menschenrechtsfilmpreises

www.menschenrechts-filmpreis.de

**Samstag, 21. Januar –
Sonntag, 29. Januar 2017**

Villa Leon, Nürnberg

Lateinamerikawoche

www.lateinamerikawoche.de

Samstag, 28. Januar 2017

Mission EineWelt, Neuendettelsau

Friedensarbeit und Menschenrechte

Freitag, 17. Februar 2017
19.30 Uhr

eckstein, Burgstraße 1-3, Nürnberg

Rüstungsexporte und ihre Folgen

Referent Jürgen Grässlin, DFG/VK

Samstag, 18. Februar 2017

Caritas Pirckheimer Haus, Nürnberg

Hindus und Muslime in Indo-Pakistan